

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG  
Zl. 30.037/1-1/1980

II-667 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 18. Februar 1980  
Stubenring 1  
Telephon 75 00

293/AB

1980-02-20

ZU 292/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Hafner und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend  
beabsichtigte Kündigungen bei der Firma Eumig (Nr. 292/J)

In Beantwortung der Anfrage beehre ich mich, folgendes  
mitzuteilen:

Zur Einleitung:

Von den von der Firma Eumig im Werk Fürstenfeld angekün-  
digten 316 Kündigungen wurde per 15.1.1980 nur für 262 Ar-  
beitskräfte die Kündigung tatsächlich ausgesprochen. Davon  
werden nach Ablauf der Kündigungsfrist (1.3.-31.5.1980)  
251 Arbeitskräfte für eine Vermittlung auf Ersatzarbeits-  
plätze in Frage kommen. Insgesamt sind davon 237 Frauen  
und 14 Männer betroffen. Für die gekündigten männlichen  
Arbeitskräfte sind durch Vereinbarungen mit Betrieben  
bereits jetzt schon geeignete Arbeitsplätze in Aussicht.

105 von den gekündigten Arbeitskräften wohnen im Arbeits-  
amtsbezirk Fürstenfeld und können insofern als im Raum  
Fürstenfeld von der Kündigungsaktion betroffene Arbeits-  
kräfte angesehen werden. Der Rest verteilt sich auf andere  
Bezirke, wo eine Unterbringung voraussichtlich ohne  
nennenswerte Probleme möglich sein wird. Für die Unter-  
bringung der im Raum Fürstenfeld betroffenen Frauen sind  
bereits konkrete Verhandlungen mit Betrieben zur Schaffung  
neuer Arbeitsplätze im Gange.

- 2 -

Zu 1: "Welche Maßnahmen wurden von Ihnen ergriffen, um für die 500 im Jahre 1978 gekündigten Angestellten Ersatzarbeitsplätze im Raum Fürstenfeld zu schaffen?"

Die in der Anfrage angeführte Zahl von 500 Gekündigten im Jahr 1978 entspricht nicht den Tatsachen. Zwar ist es richtig, daß die Firma Eumig ursprünglich die Kündigung von sogar 560 Dienstnehmern in Erwägung gezogen hat, jedoch wurden aufgrund der Initiative der Arbeitsmarktverwaltung, die für 346 Arbeitskräfte eine Schulungsmaßnahme (Aufwand betrug ca. 10 Mio.S) durchgeführt hat, letztlich nur 112 Dienstnehmer von der Firma Eumig gekündigt. Diese 112 Freistellungen betreffen jedoch nicht nur Arbeitskräfte aus dem Raum Fürstenfeld, da die Arbeitskräfte der Firma Eumig aus mehreren politischen Bezirken in der Steiermark und im Burgenland kommen. Die Anzahl der im Bezirk Fürstenfeld wohnhaften gekündigten Dienstnehmer betrug 30. Zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung waren alle von dieser Kündigungsaktion betroffenen, bei der Arbeitsmarktverwaltung vorgemerkten Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung. Aufgrund der Tatsache, daß alle diese vorgemerkten Arbeitskräfte auf bestehende Arbeitsplätze vermittelt werden konnten, mußten keine Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Zu 2: "Wieviel Geld wurde dafür eingesetzt?"

Da sich keine unmittelbare Notwendigkeit zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen ergab, wie der Beantwortung zu Frage 1 zu entnehmen ist, mußten dafür auch keine Arbeitsmarktförderungsmittel eingesetzt werden.

Zu 3: "Wieviel Dauer-Ersatzarbeitsplätze wurden von Ihnen für diese hochqualifizierten Arbeitskräfte im Raum Fürstenfeld a) geschaffen und b) gefördert?"

- 3 -

- 3 -

Abgesehen von der in der Beantwortung zur Frage 1 erwähnten Schulungsaktion bei der Firma Eumig selbst wurden noch 13 Arbeitskräfte aus dem Raum Fürstenfeld durch die Gewährung von Ein- und Umschulungsbeihilfen gefördert. Der Aufwand betrug hiefür 60.000 S.

Zu 4 und 5: "Wieviele der im Jahre 1978 gekündigten Angestellten haben bis 1.12.1979 einen Dauer-Ersatzarbeitsplatz über die Arbeitsmarktverwaltung gefunden?"

"Wieviele der im Jahre 1978 gekündigten Angestellten waren am 1.12.1979 arbeitslos gemeldet?"

Da ein Teil der Arbeitsuchenden auch immer im offenen Kundenempfang vermittelt wird und hier wegen der Wahrung der Anonymität des Kunden keine Aufzeichnungen geführt werden, kann die Zahl der von den Arbeitsämtern Vermittelten nicht präzisiert werden. Fest steht jedenfalls, daß von den Arbeitskräften, die bei den Arbeitsämtern vorgemerkt wurden, zum Zeitpunkt 1.12.1979 nur mehr 6 Arbeitskräfte ohne Beschäftigung waren. Wie aber in der Beantwortung der Frage 1 ausgeführt wurde, konnten auch diese 6 Arbeitskräfte inzwischen auf dem Arbeitsmarkt untergebracht werden.

Zu 6: "Ist Ihnen bekannt, daß das "Frühwarnsystem" jetzt zu einer Verunsicherung der gesamten Belegschaft geführt hat, weil zwar die Anzahl, aber nicht einmal dem Betriebsrat die Namen der Betroffenen bekannt sind und werden Sie daher dieses System ändern?"

Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn sich eine Firmenleitung mit dem Gedanken trägt, Kündigungen vorzunehmen, meist etwas von diesem Vorhaben an die Belegschaft durchsickert, was natürlich zu einer gewissen Verunsicherung führt. Das hat nichts mit dem Frühwarnsystem zu tun,

- 4 -

- 4 -

das ja die Kündigungen nicht erzeugt. Im Gegenteil, das Frühwarnsystem hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen, denn es bietet der Arbeitsmarktverwaltung die Möglichkeit, mit den Vermittlungsbemühungen bereits vor der tatsächlichen Freisetzung zu beginnen, sodaß in vielen Fällen ein nahtloser Übergang der Beschäftigung vom alten auf den neuen Arbeitsplatz gegeben ist.

Zu 7: "Wieviel Geld werden Sie 1980 zur Verfügung stellen, um für die 316 betroffenen qualifizierten Arbeitskräfte Dauer-Ersatzarbeitsplätze zu schaffen?"

Dank des Frühwarnsystems war die Arbeitsmarktverwaltung in der Lage, den Bedarf an Ersatzarbeitsplätzen rechtzeitig zu erheben. Für die 251 (diese Zahl wird in der Einleitung begründet) gekündigten Arbeitskräfte konnten inzwischen 150 offene Stellen akquiriert werden. Bezüglich der Unterbringung der restlichen Arbeitskräfte finden zur Zeit konkrete Gespräche mit Betrieben statt, die bereit wären, in dieser Region Arbeitsplätze zu schaffen. Ob und wieviel finanzielle Unterstützung seitens der Arbeitsmarktverwaltung erforderlich werden wird, kann im Moment noch nicht bestimmt werden. Grundsätzlich ist die Arbeitsmarktverwaltung jedoch gerüstet, durch den Einsatz des ihr zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums auch entsprechende finanzielle Hilfe zu leisten.

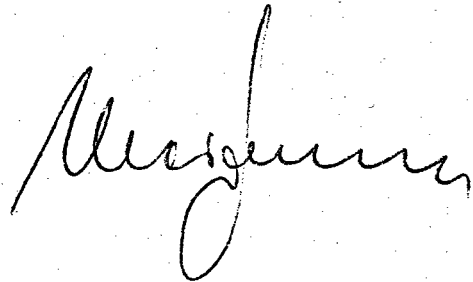
Zu 8: "Welche weiteren Maßnahmen werden Sie ergreifen, um im strukturell benachteiligten Raum Fürstenfeld Dauer- bzw. Ersatzarbeitsplätze zu schaffen?"

Im Rahmen des bei der Arbeitsmarktverwaltung eingerichteten Informationsdienstes für Standortfragen wird versucht werden, geeignete Interessenten auf den Standort Fürstenfeld aufmerksam zu machen und für eine Betriebsansiedlung zu gewinnen, wobei auch

- 5 -

- 5 -

ein entsprechender Einsatz arbeitsmarktpolitischer Förderungsmöglichkeiten in Erwägung gezogen werden kann. Diesbezügliche Anweisungen sind bereits an das Landesarbeitsamt ergangen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. J. ...', is written in a cursive style.